

Social-Demokrat.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redigirt von J. B. v. Hoffetten und J. B. v. Schweizer.

Redaction und Expedition:
Berlin,
Dresdnerstrasse Nr. 85.

Diese Zeitung erscheint drei Mal wöchentlich und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 15 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 12 1/2 Sgr., im übrigen Deutschland 20 Sgr. (fl. 1. 10. sabb., fl. 1. 12. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expeditur, von der Expres-Compagnie, Zimmerstrasse 48a, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition anzugeben) werden pro dreizehnpaltene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Bestellungen für das zweite Quartal 1866 werden fortwährend (auswärts auf den Postämtern) angenommen.

Bum 11. April.

Wieder kehrt morgen — zum zweiten Male bereits, seitdem wir den Verlust des Mannes betrauern, der unser Stern, unsere Hoffnung war — wieder kehrt ein hoher Gedächtnistag für uns: der Tag der Geburt Ferdinand Lassalle's.

Tausende und aber Tausende werden ganz besonders an diesem Tage seiner mit dankbarem Herzen gedenken, in weisevoller Stimmung, trauernd um den geliebten Todten, dem es nicht vergönnt sein sollte, zu schauen die Frucht, die dem Saatforn entkeimen wird, das er ausgestreut.

Nur im Geiste sah er das Saatsfeld entgegenreifen dem Tag der Ernte.

Nur im Geiste schauen vielleicht auch wir ihn.

Nicht für heute, nicht für morgen und nicht für die nächste Zeit, nein, für die Zukunft, für kommende Geschlechter hat er den Samen ausgestreut, haben wir das Saatsorn zu hegen und zu pflegen, auf daß es gedeihe und dereinst Früchte trage.

Genug, daß es uns beschieden war, durch Nebel und Wolken hindurch, wenn auch nur einen Strahl der Zukunftsonne zu schauen, die einst glücklichere Tage erwärmen wird.

An solchen Gedenktagen aber ist es an uns, den großen Todten, der in uns geistig fortlebt, zu ehren, indem wir das Geldbniß erneuern, seinen heißesten Wunsch zu verwirklichen, dem er in den Worten des römischen Dichters Ausdruck lieh:

„Exoriare aliquis nostris ex ossibus ultor!“

Politischer Theil.

Mundschau.

Berlin, 10. April.

Auf dem Gebiete der politischen Nachrichten in Deutschland begegnen wir im Habsburg-Hohenzollernschen Conflict noch immer bald kriegerischer, bald friedlicher Kunde. Ueber den Inhalt einer gestern hier überreichten österreichischen Note verlautet, das hiesige Kabinet werde darin aufgefordert, seine am 28. März angeordneten Rüstungen zurückzunehmen. Oesterreich habe seinerseits keine Rüstungen rückgängig zu machen, da von ihm nicht gerüstet sei. Der Ton der Note fall kein verbindlicher sein. — In der gestrigen Sitzung des

Bundestags überreichte der preussische Gesandte den Antrag seiner Regierung auf — Bundesreform. — Wir theilen darüber das nachstehende Telegramm aus Frankfurt mit, worin es heißt: „Der Antrag, von dem notorischen Reformbedürfnisse ausgehend und auf die Principien hinweisend, welche Preußen bereits in Folge des Fürsten-Congresses als notwendige Grundzüge der Reform bezeichnet habe, lautet: „Eine aus directen Wahlen und allgemeinem Stimmrechte hervorgehende Versammlung für einen noch näher zu bestimmenden Tag einzuberufen, um die Vorlagen der deutschen Regierungen über eine Reform der Bundesverfassungen entgegenzunehmen und zu beraten; in der Zwischenzeit aber bis zum Zusammentritte derselben durch Verständigung der Regierungen unter einander diese Vorlagen festzustellen. Nach Belesung des Antrages beantragte das Präsidium die sofortige Mittheilung desselben an die Regierungen, und daß über die geschäftliche Behandlung desselben in der nächsten wöchentlichen Sitzung beschlossen werde. Dieser Antrag wurde angenommen. Preußen befüwortet noch die baldmöglichste Einsetzung eines Ausschusses ad hoc.“ Daß sich die beiderseitigen Regierungen schon halb und halb als kriegsführende Mächte betrachten, geht aus nachstehendem Vorfalle hervor. In Prag wurde nämlich ein preussischer Offizier, Graf Waldersee, verhaftet, weil dessen Taschenbuch die Aufnahme der Prager Festungswerke gezeigt und er nach Pardubitz habe abreisen wollen. Auf Weisung von Wien wurde jedoch der Verhaftete wieder in Freiheit gesetzt. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt über diese Angelegenheit:

Wenn ein preussischer Offizier, als solcher unter seinem Namen durch Oesterreich reisend, so ohne Weiteres verhaftet und ausgewiesen wird, so muß solcher Vorgang auch dem Ungläubigsten die Gewißheit geben, daß bezüglich der österreichischen Rüstungen wichtige Thatsachen vorliegen, deren Verheimlichung in Wien wichtiger erscheinen muß, als die Verminderung der Kriegsgefahr durch Aufklärung der Wahrheit. Wir glauben, die preussische Regierung werde aus diesem Vorgange nur eine neue Mahnung entnommen haben, gegen das, was sich in Böhmen vorbereitet, auf der Hut zu sein. Welche Maßnahmen dem österreichischen Verfahren gegenüber die preussische Regierung für die in Preußen reisenden Oesterreicher ergreifen muß, darüber wird zweifelsohne die preussische Regierung ihre Entschlüsse fassen.

Das Reisen fängt also bereits an, sehr ungemüthlich zu werden. Die letzte preussische Depesche hat in den maßgebenden österreichischen Kreisen einen nichts weniger als friedlichen und günstigen Eindruck gemacht, wie sich aus den Äußerungen der dortigen Officiösen schließen läßt, so daß man die Friedens-Actien als beträchtlich herabgesunken ansehen kann. So schreibt die officiöse „Debatte“ vom 9. April: „Der Thatsache gegenüber, daß die preussische Mobilmachung officiell im „Staats-Anzeiger“ angeordnet worden ist, dürfte Oesterreich die Erklärung abgeben,

daß, so lange nicht eben so officiell die Ordre zur Demobilisirung ertheilt worden, Oesterreich nicht in der Lage sei, etwaige Verhandlungen fortzuführen.“ Dem steht eine telegraphische Depesche der „Kölnischen Zeitung“ ganz entschieden gegenüber, der zufolge die preussische Antwortnote in den Wiener maßgebenden Kreisen als die Kriegsgefahr beseitigend aufgefaßt wird. Kurz, es ist noch der alte Schwebezustand. Die Mittelstaaten fahren fort, gegen den Krieg auf Grund der Bundesacte zu protestiren. So veröffentlicht die officiöse „Bayerische Zeitung“ eine Depesche der bayerischen Regierung an die bayerischen Gesandten in Wien und Berlin, welche die ersten beiden Bundesglieder ersucht, es auszusprechen, daß sie sich jedes gewaltigen Angriffes auf andere Bundesglieder unbedingt enthalten wollen und daß sie bereit seien, sofort in Verhandlungen zur Wahrung des Friedens im Bunde einzutreten, auch zugleich den Weg und die Art der Verhandlungen zu bezeichnen, dem sie den Vorzug geben. Die Antworten der Kabinette von Wien und Berlin vom 5. April begründen die Hoffnung, daß zur Zeit ein gewaltsamer Conflict nicht zu befürchten sei. Beide Regierungen erklären sich geneigt, zur Lösung der Schwierigkeiten den Unterhandlungsweg unter sich und mit den Bundesgenossen zu betreten. In Preußen und auch im übrigen Deutschland fahren die den Krieg fürchtenden Kreise der Fortschrittsmänner der Bourgeoisie fort, Resolutionen gegen denselben zu fassen. Der Sechsendreißiger-Ausschuß hat es in einer am 7. d. Mts. stattgehabten Sitzung gleichfalls wieder zu einer langen Resolution gebracht, zu einer Resolution gegen „jede Regierung, der mit dem Vertrauen des eigenen und des deutschen Volkes die Gewähr für das Gelingen des deutschen Einigungswerkes fehlt.“ — In Hessen-Kassel hat sich der Kurfürst am 5. April zwar wieder zu Bett gelegt, am anderen Tage jedoch eine Ministerial-Sitzung abgehalten. Nach Berichten von dort ist das Aprilwetter vorherrschend.

Nach neueren Berichten aus Paris hat sich die Donaufürstenthümer-Conferenz aus dem Grunde vertagt, weil man über nichts Anderes zu einer Verständigung gelangen konnte, als über das Prinzip der Aufrechterhaltung der Souverainetät der Pforte. Es soll dies Prinzip selbst in dem Falle gewahrt bleiben, daß es den Rumänen doch noch gelänge, einen ausländischen Prinzen zur Annahme des Fürstenthums zu bewegen. Sämmtliche Consuls in Bucharest sind denn auch von Seiten ihrer respectiven Regierungen in dieser Richtung verständigt worden. Die energischen Rüstungen der Pforte deuten darauf hin, daß man in Konstantinopel nicht gelassen sei, den Rumänen freies Spiel zu lassen. Hinsichtlich der letzten Konferenz-Sitzung vom 4. April will das „Memor. Dipl.“ wissen, daß man eine Combination aussindig gemacht, welche sowohl dem Selbstbestimm-

mungsrechte der Donaufürstenthümer, als auch dem Sonderantrags-Rechte der Pforte Genüge leiste, worin diese Combination besteht, sagt das Blatt nicht; aber dies verhindert nicht, daß sich die Anzeichen von einer stets größer werdenden Spannung in Rumänien selbst vermehren. Unter den Mitgliedern der provisorischen Regierung selbst tritt die Spaltung offener zu Tage. Hr. Rosetti, der Cultus-Minister, verlangt, daß ohne Rücksicht auf eine Conferenz thatkräftig vorwärts gegangen werde, und daß er, wenn seine Ansicht nicht durchbringe, seine Entlassung nehmen wolle. Obrist Haralambi soll dagegen erklärt haben: „Sie haben mich auf diese Galeere gebracht; entweder Sie harren alle mit mir darauf aus, oder ich lehre zu meinen Kanonen zurück und richte dieselben gegen Sie alle.“ Der Kriegs-Minister Ica soll bemerkt haben, es ständen 40,000 Mann mit 100 Kanonen schlagfertig da, um das Land gegen jede fremde Invention zu schützen. Dazu kommt, daß, wie dem „Pester Lloyd“ gemeldet wird, sich in Bukarest eine ziemlich starke Partei gebildet habe, welche aus Rumänien eine Republik machen wolle, deren Präsident alljährlich aus freier Volkswahl hervorzugehen hätte. Diese Mittheilungen scheinen uns trüftig genug, auf das Bedenkliche der Situation aufmerksam zu machen, und dies wird noch mehr dadurch bekräftigt, daß ein Telegramm eines Wiener Blattes vom 6. d. M. berichtet, daß in Bukarest die Soldaten in den Kasernen consignirt wurden. Der Kriegsminister fährt auch fort, die rumänische Jugend zu den Waffen zu rufen.

In **Italien** dauern die Kämpfe fort. Die „Provincia“ von Turin meldet, daß in diesem Augenblick auf der Linie zwischen Bologna und Ferrara 65,000 Mann Truppen concentrirt sind; 35,000 Mann andere Truppen werden bei Piacenza zusammengezogen. Man transportirt beständig ein bedeutendes Kriegsmaterial von Alexandria nach Bologna. — Die italienische Regierung ist einer zwischen Neapel und Palermo bestehenden electricalen Verschwörung auf die Spur gekommen. Angehlich soll es sich darum gehandelt haben, für die Zeit der Räumung Roms durch die Franzosen die Landbevölkerung des Südens für einen „heiligen Krieg“ zum Schutze des „heiligen Vaters“ zu entlassen. Die Regierung von Florenz hatte zuerst durch anonyme Mittheilungen Nachricht hiervon erhalten, und durch bei den Verhafteten vorgefundene Schriftstücke waren ihr jene Andeutungen durchaus bestätigt worden. Gleichzeitig jedoch sollte auch ein Aufstand in Sicilien vorbereitet werden. Als Zeitpunkt für denselben war einmal ebenfalls die Räumung Roms und die „darauf folgende Invasion italienischer Truppen“ in Aussicht genommen, andererseits aber auch der Beginn eines Krieges zwischen Italien und Oesterreich bestimmt worden. Dennoch zweifelt man in Regierungskreisen keinen Augenblick daran, daß es selbst, im Falle diese anarchische und reactionaire Bewegung nicht bei Zeiten entdeckt worden wäre, der bewaffneten Macht ohne Schwierigkeiten gelungen sein würde, die Verschwörer zu vernichten. — In Venetien setzt Oesterreich seine Kämpfe fort, und die „Italia“ behauptet; daß man in Oesterreich beständig von einer italienisch-preussischen Allianz und von Kriegs-Vorbereitungen in Italien so viel und nur deshalb spreche, um einen Grund für die eigenen Kriegsrüstungen zu haben. — Briefe aus Rom melden, daß der Papst am 4. d. eine von 400 Franzosen unterzeichnete Adresse aus den Händen des Herzogs v. Kohan entgegengenommen und bei dieser Gelegenheit seine Erkenntlichkeit für die Hilfe ausgedrückt hat, die Frankreich dem heiligen Stuhle seit 1848 fortwährend geleistet. Er hat sodann die Rede Napoleons III. bei der Kammer-Eröffnung und die Antwort-Adresse der Kammer auf die Thronrede lobend hervorgehoben, und die Ansprache mit dem Bemerkten geschlossen, daß sein Herz jedem irdischen Ehrgeiz fern stehe, und daß die Päpste sich von der Eitelkeit der weltlichen Macht freifühlten. — Man sprach in der ewigen Stadt von einer außerordentlichen Commission der Cardinale, welche in Folge diplomatischer Mittheilungen einberufen worden sei.

Aus **Spanien** melden Madrider Briefe von einem bedenklichen Zwiespalte, der im Kabinete

ausgebrochen sein soll. Der Finanz-Minister habe erklärt, er sei außer Stande, das nöthige Geld für die Rüstungen gegen Chili aufzutreiben, besonders, da ihm die Geldmärkte von London, Amsterdam und Paris durchaus verschlossen seien. Herr Bermudez de Castro fahre fort, die geforderte Ausgleichung der passiven Schuld, als für den Staat zu lästig, zu verwerfen, so daß es bis jetzt unmöglich gewesen, die nöthige Einigkeit im Schooße des Ministeriums wieder herzustellen. Ferner hat der Finanz-Minister den Cortes einen Gesetzentwurf vorgelegt, wonach die Bank ein auf 30 Jahre lautes Privilegium zu einer sogenannten Nationalbank mit einem Capital von 1480 Millionen Reales erhalten soll. Die Bankhaber dürfen die dreifache Summe ihres Capitals in Bank-Actien ausgeben. Die Bank verpflichtet sich dagegen, der Regierung 400 Millionen Reales, zu 5 pCt. und in zehn Jahren rückzahlbar zu leihen. Die Concessionäre sind lauter Engländer, die als Garantie bereits 20 Millionen deponirt haben.

Aus **Amerika** wird gemeldet: Der Präsident hat gegen die Bürgerrechtsbill sein Veto eingelegt; der Senat dürfte trotzdem die Bill passiren lassen, das Repräsentantenhaus sie verwerfen. Die Befürchtungen vor einem Feiner-Angriffe liegen in Canada nach; die Milizen sind theilweise entlassen worden.

Berlin, 10. April.

Zur deutschen Frage enthält die „Breslauer Ztg.“ einen, „Das preussische Volk und die ministerielle Politik“ überschriebenen, für den schwarz-weißen Bourgeois-Standpunkt des preussischen Liberalismus äußerst charakteristischen Leitartikel, aus welchem wir nachstehende Stellen heranzugreifen. Die „Bresl. Ztg.“ also schreibt:

Wie endlose Angriffe, Verdächtigungen und Beschimpfungen haben die Feudalen nicht gegen das deutsche Parlament und gegen Alle, die ein deutsches Parlament forderten, losgelassen. Jetzt schwärmt die Reaction plögl. für das deutsche Parlament und findet es unbegreiflich, daß das deutsche Volk nicht sofort reactionär wird.

Die schwarz-roth-goldenen Farben wurden, obwohl Friedrich Wilhelm IV. sie getragen hatte, in den Schminz getreten; die schwarz-roth-goldenen Cocarden wurden von den Helmen entfernt; „die schwarz-roth-goldene Aftenschanze“ war das beliebte Thema der Anklaffungen der feudalen Organe. Vor noch nicht einem Jahre ließ Gouverneur v. Mantuffel in einer von seinen wunderbaren Reden dem Unwillen gegen Schwarz-Roth-Gold freien Lauf und wandt die neue deutsche Tricolore: Schwarz-Weiß-Gelb. Plögl. ist die ganze preussische Reaction schwarz-roth-golden angelauten und hofft, daß am sämmtliche liberale Preußen sich in die Listen des Volksvereins oder der patriotischen Vereinigung eintragen lassen.

Und da von den Hoffnungen und Erwartungen dieser Partei nicht das Geringste sich erfüllt, da das preussische Volk lähl bleibt bis ans Herz hinan, da es sich nicht für einen Krieg begeistert, dessen Einsatz unsere Existenz, dessen höchster Gewinn aber eine Ausbreitung des inneren preussischen Systems sein würde; da wird die liberale Partei der Conspiration mit Oesterreich, des Hoch- und Landes- und weiß der Himmel noch welchen Verrathes beschuldigt.

Das Alles, weil sie sich nicht durch Schlagwörter, und mahnten dieselben an unsere heiligen Bestrebungen, verführen läßt, statt unter der Führung der Waldeck, Guich, Schwerin vorwärts zu streben, der Fahne von Wagener und Wartenstein zu folgen.

Und weiter, sehr richtig, so daß uns vor Staunen das Blatt aus der Hand gefallen ist, vor Staunen darüber, wie die blinde Henne der „Bresl. Ztg.“ zu solchem Weizenkorn gekommen ist, daß sie sagt:

Eine Bundesreform ist eine Unmöglichkeit; wer sie unternimmt, muß scheitern. Auf bundesmäßigem Wege ist Deutschland nicht zu einigen. Dazu gehört eine revolutionäre Politik, d. h. eine Politik, die im Namen des Volkswortes das historische Recht, das Recht der Pergamente, umstößt. Die Macht, die im verjährt gebelagten Besitz, in der Gewohnheit fest gegründet ruht, zu stürzen, reichen Militärfürsten nicht aus; das Unternehmen kann nur gelingen mit Hilfe der entfesselten Volkskraft.

Nun aber höre man, wie der unverbeifliche schwarz-weiße Gothaismus und Bourgeoisverstand des preussischen Liberalismus das Goldkörnlein der

Erkenntnis mit dem Blei des politischen Idiotismus zusammenschmilzt. Dieselbe „Bresl. Ztg.“, welche oben von „revolutionärer Politik“ und „entfesselter Volkskraft“ gesprochen hat, meint nunmehr:

Ein liberales Regiment verdoppelt die preussische Macht. „Wenn ein König“, schloß Mirabeau eine von seinen für den Hof bestimmten, aber leider nicht befolgten Denkschriften, „seine Kräfte durch den Einfluß einer großen Nationalversammlung nicht wenigstens verdoppelt, so ist er schlecht beraten und bedient.“ Ein Preußen, das durch die freien Stimmen von der Tribüne seines Abgeordnetenhauses in ganz Deutschland die Geister erobert, ist so mächtig, daß weder Oesterreich, noch die Mittelstaaten ihm widerstehen können. Eine preussische Regierung, die zur Herbeiführung der Bundesreform einen Krieg ohne Gewißheit des Sieges unternimmt, thut besser, den Frieden zu wahren. Eine preussische Regierung aber, welche mit sicherer Aussicht auf Erfolg einen Kampf für die Einigung Deutschlands unternehmen kann, braucht keinen zu unternehmen. Die Führung Deutschlands fällt ihr als reife Frucht in den Schooß, wie einst die Kaiserkrone.

„Zum Henker mit Euerem constitutionell-liberalen deutschen Großpreußen oder großpreussischen Deutschland!“ ruft Euch das deutsche Volk, das ganze nichtpreussische Deutschland, zu. Dafür und durch Euer liberales Kammer-Regiment, durch freihändlerische und sonstige politische Reformen im Interesse des kleinen Häufleins der Besitzenden werdet Ihr nimmermehr die „Volkskraft entfesseln“, nimmermehr eine „revolutionäre Politik“ herbeiführen.

Man braucht sich durchaus nicht für den Habsburg-Hohenzollern'schen Krieg zu begeistern, um dennoch in ihm das einzige Mittel zu erblicken, eine wahrhaft revolutionäre Politik herbeizuführen und in Wahrheit die deutsche Volkskraft zu entfesseln.

Aber freilich, wer nur den Geldsack liebt und die Volkskraft fürchtet, der kann für die deutsche Einheit nur bei Banketten schwärmen und Deutschland allmählich unter die liberale preussische Pickelhaube bringen wollen.

Jammervoll!

Aber die Impotenz trägt glücklicher Weise schon in sich selbst die Garantie, daß sich aus ihr keine Macht entwickele.

In einem anderen Leitartikel über das gleiche Thema begegnen wir ganz derselben schwarz-weißen Begriffsverwirrung der „Bresl. Ztg.“, und es ist auch hier wieder merkwürdig, wie dicht neben der klarsten politischen Erkenntnis die preussisch-gothaische Beschränktheit sich geltend macht. Die „Bresl. Ztg.“ schreibt also:

Und der Zweck des Krieges? Anfrichtig gesagt, wir kennen keinen höheren, denn es handelt sich um die endliche Lösung der deutschen Aufgabe Preußens, um die Einigung Deutschlands, um die historische Begründung der Machtstellung Deutschlands in allen europäischen Fragen. Nur die Einheit eines freien Deutschlands vermag in alle Zukunft die europäischen Kriege zu verhindern; nicht Frankreich, sondern dem einheitlichen Deutschland gebührt die Initiative in der schiedsrichterlichen Lösung europäischer Fragen, und nur Preußen ist im Stande, Deutschland diese entscheidende Stellung in Europa zu verschaffen. Nicht, weil wir Preußen sind, schreiben wir das, sondern weil dem preussischen Staate durch seine historische Entwicklung und seine jetzige Stellung in Deutschland eine schwere Aufgabe zu Theil geworden ist. Früher oder später muß die Auseinanderlegung mit Oesterreich kommen; durch Nieder, Loast, Feste, Resolutionsen u. s. w. erlangen wir die Einheit Deutschlands nun und nimmermehr.

Vom Raune gebrochen wäre also der Krieg gegen Oesterreich nicht; ohne bestimmten Grund und Zweck wäre er nicht.

Und nun kommt der gothaische schwarz-weiße Pferdesuß nachgehinkt. Die „Bresl. Ztg.“ fährt fort:

Trotz alledem halten wir ihn in der jetzigen Zeit oder unter den jetzigen Verhältnissen für einfach unumgänglich. Zu einem solchen Kriege, wie er um die höchsten Zwecke des deutschen Volkes zwischen Preußen und Oesterreich geführt werden müßte, fehlt die Stimmung und die Begeisterung. Man blide nur in alle Kreise des Lebens hinein: Niemand, kein Stand, keine Partei will den Krieg; selbst den „Milit. Bl.“ wird es schwer, sich zu begeistern. Ein solcher Krieg wird nicht bloß geführt zwischen Armee und Armee, sondern es muß dazu die ganze Volkskraft aufgebracht werden; das gesamte Volk muß mit Herz und Seele bei dem Kriege sein, und wir müssen ein Ziel bieten können, das, mögen die deutschen